

## **Für eine weiterentwickelte humane Leistungsschule**

Durchforstung und Reduzierung der vielen Reformprojekte

Daniel Heller

Politik - auch Bildungspolitik - ist die Kunst des Machbaren. Wichtig ist nach dem Scheitern des Kleeblattes vorab, dass die Umsetzung der Bildungsreform in von Lehrerschaft, Schulen, Kindern und Stimmbürgern verdaubaren Etappen erfolgt. Schlagen wir den Erfolgspfad der Reformen der Jahre 1995 bis 2001 wieder ein. Die freisinnige Grossratsfraktion hat diesen Sommer ihre bildungspolitischen Eckwerte durch einen Parteitag bestätigen lassen. Ziel der Freisinnigen bleibt die Umsetzung des vom Volk 2006 angenommenen Bildungsrahmenartikels. Auf die Bildungsreformen im Rahmen der von den Kantonen geplanten Harmonisierungen wollen wir aber Einfluss nehmen.

Zukunft der Bildung

Im Herbst will die Regierung der Öffentlichkeit aufzeigen, wie es in der Bildungsreform weitergeht. Die MZ hat einige Fachleute gebeten, vor dieser Weichenstellung ihre Sicht darzustellen.

Priorität ist zunächst auf inhaltliche Fragen zu legen. So brauchen wir zur Erleichterung der Mobilität von Familien schweizweit vereinheitlichte Bildungsstandards; die Kantone sollen untereinander regeln, welche Inhalte und Lernziele bis zu welchem Alter auf welchem Leistungsniveau erreicht werden müssen. Das Schwergewicht legen wir auf den Erwerb soliden Fachwissens, auf die Stärkung von Lernfreude und Lernkompetenz sowie auf die Vermittlung unserer gesellschaftlichen Werte. Im Zentrum muss eine gute Lehrerbildung stehen, welche motivierte und überzeugende Lehrpersonen auszubilden vermag; Lehrerinnen und Lehrer, die mit Herzblut ihren Beruf anpacken. Sodann befürworten wir eine neue Didaktik im Kindergarten; es geht um die Förderung und frühere Einschulung von lernwilligen Kindern und um intensiven Deutsch-Stützunterricht für fremdsprachige Kinder.

Erst in zweiter Priorität geht es um die Strukturen der Schule. Mit Blick auf die Nachbarkantone steht mittelfristig eine Primarschule mit obligatorischem Kindergarten ab fünf Jahren und anschliessend sechs Primarschuljahren an. Die bewährte aargauische Dreigliedrigkeit auf der Sekundarstufe I ist mit einem progymnasialen Leistungszug und mit deutlichen Verbesserungen für die Realschüler zu erhalten. Unsere Schulstruktur muss so gut als möglich mit denjenigen der umliegenden Kantone der Nordschweiz - es sind dies Basel-Stadt, Baselland, Solothurn, Zug, Zürich, Luzern - abgestimmt werden.

Flankierend streben wir an, dass der Kanton eine Ressourcensteuerung einführt. Es geht darum, stark belasteten Gemeinden mehr Lehrerpensen zuzuteilen. Wir stellen uns vor, diese Ressourcensteuerung mit maximal einem Drittel der Gemeinden zu starten. Das dürfte finanzierbar sein und deutlich weniger Mittel bedingen als die vom Kleeblatt vorgesehenen 60 Millionen Franken pro Jahr zugunsten fast der Hälfte aller Gemeinden. Erleichtert sind wir über die klare Ablehnung des Obligatoriums der Einführung der Integrativen Schulungsformen (ISF) im Schulgesetz. ISF bedingt Klassenverbände mit maximal 15 Schülerinnen und Schülern. Das ist unrealistisch. Der Ansatz der totalen Integration geht nach unserer Auffassung auch von einer falschen Prämisse aus: Wir brauchen nicht für alle Kinder die gleiche, sondern für jedes Kind die

richtige Schule. Es fehlt mit der Ablehnung der Kleeblätter eine Rechtsgrundlage für flächendeckende Integrative Schulungsformen. Damit entfällt auch die Pflicht der Gemeinden, diese einzuführen. Sie sollen freiwillig bleiben.

Wichtig ist, dass wir im Aargau bald bedarfsgerechte Tagesstrukturen realisieren. Der Kanton soll ein - gegenüber dem Kleeblatt deutlich reduziertes - Anforderungsprofil definieren, die Gemeinden organisieren die Tagesstrukturen entweder selber oder ermöglichen Kindern den Zugang. Der Besuch von Tagesstrukturen bleibt freiwillig, jedes Kind muss aber bei Bedarf Zugang haben. Diese Forderung haben wir mit einer Motion Ende Juni gestellt als Gegenvorschlag zu einer hängigen Volksinitiative «Schule und Familie». Jene ist nahe am flächendeckenden Luxusmodell des Kleeblattes und darum weder mehrheitsfähig noch finanzierbar. Nötig sind schliesslich nach den personalintensiven Kleeblatt-Jahren eine Überprüfung und eine Reduktion der überzähligen Projekte und Projektstellen im BKS. Mit diesen in Etappen anzugehenden Reformen wird die gute Basis unserer Volksschule zukunftsfruchtig weiterentwickelt im Sinne «besten Erziehung», «Erziehung nicht als Dressur, Erziehung als Umgang, Bildung, Fähigkeit der freien Entfaltung» (Albin Zollinger).

Quelle: Aargauer Zeitung, 9.9.2009